

S O H U T Z B U N D Z E I T U N G

Ma i 1936. 1.0 Groschen.

1. M a i 1936.

Fahnen geschmückte Strassen....Freudenglanz auf den Gesichtern. Und Musik und Tücherschwenken und marschierende Kolonnen: gilt es doch den 1. Mai zu feiern....Aber es sind nicht die Strassen der Arbeiterviertel, die beflaggt sind. Es sind die Fronten der Ringstrassenpaläste, und die Ministerien und Banken, Börse und Polizeidirektion, behangen nicht mit den roten Fahnen der Revolution, sondern mit den rot-weißen roten des christlichen Staates Oesterreich. Und die die marschieren, es ist die Garde der Bourgeoisie, es ist deren bewaffnete Jugend und das Lumpengesindel der Heimwehr. Die Arbeiter aber, die in diesem Zuge zu finden sind, sie müssen mit, nicht ihrer Überzeugung, nur bitterstem Zwang gehorchend. Und nicht der Weltkampftag der Arbeit wird heute gefeiert, sondern der Tag der Verfassung des allerchristlichsten Oesterreich. Befreit und sicher vor den proletarischen Mäxten, befreit von allzu hohen Löhnen und allzugrossen "sozialen Lasten", befreit von der Sorge, woher das Kanonenfutter nehmen für die nächste imperialistische Hatz, feiern die Kapitalisten den 1. Mai auf ihre Weise. Darum die freudestrahlenden Bourgeoisgesichter, und ihr Jubel und Tücherschwenken; denn die Bourgeoisie hat alle Ursache, sich zu freuen!

Und dennoch, der Tag der tiefsten Erniedrigung für die Arbeiter ist noch nicht gekommen. Heute müssen sie nur der übermächtigen Bourgeoisie zusehen, heute müssen sie mitmarschieren nur im Festzug der Bourgeoisie. Der nächste 1. Mai wird ebenfalls Marschkolonnen sehen, aber sie werden nicht auf der Ringstrasse ziehen, sondern ins Feld. Am ersten Mai 1937 werden sich die Proletariet in den Schützengräben finden, bereit, sich gegenseitig abzuschlachten für die Heimat, das Vaterland, die Nation, die Demokratie, für Frieden und Freiheit ---- der Kapitalisten, und fette Profite und Dividenden und Kohle und Eisen und Oel.....Das alles nicht ganz zwei Jahrzehnte nach Beendigung des ersten Weltkrieges, dessen Ergebnisse zwanzig fete Jahre für die Kapitalisten, zwanzig Jahre des Hungers und der Knechtschaft für die Arbeiter waren, bezahlt mit elf Millionen Toten und doppelt soviel Krüppeln.

Dass es soweit gekommen ist, dass das Proletariat am Vorabend des zweiten Weltkrieges so wehrlos dasteht, verdanken die Arbeiter der Sozialdemokratie. Statt 1918 rein Tisch zu machen statt das Allerentscheidendste, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, grundlegend zu ändern, beschränkte sie sich auf Reformen, die der Bourgeoisie nicht weh taten. So blieb der Bourgeoisie jenes Machtinstrument, der kapitalistische Staatsapparat, erhalten, mit dem diese nach und nach die Arbeiter niederwarf. Statt die ganzen Jahre die Massen gegen die Bourgeoisie zu führen, stellte die Sozialdemokratie das Bündnis mit der Bourgeoisie als das erstrebenswerteste Ziel hin. So wurde dem Kampf der Arbeiter die Spitze abgebrochen, die Arbeiter mit reformistischen Illusionen eines friedlichen Überganges von Kapitalismus zum Sozialismus erfüllt. Mit der "Nie wieder Krieg"- Parole, "Mir" "Nie, nie wollen wir Waffen tragen, nie, nie zieh'n wir in den Krieg" wurden in den Arbeitern jene verderblichen pazifistischen Gedankengänge gezüchtet, die es den Imperialisten ermöglichten, einstweilen ungestört aufzurüsten und jene Waffen zu erzeugen, die die Werktätigen nun doch tragen müssen, allen sozial-

demokratischen Liedern zum Trotz. So fielen die Massen immer tiefer, so wurden sie gegen die kapitalistischen Angriffe immer wehrloser. Wenn im Februar 1934 die Bourgeoisie mit Maschinengewehren und Haubitzen dem Proletariat das Rückgrat brach, so war das nur möglich, weil vorher die Sozialdemokratie den Kampfgeist des Proletariats gebrochen hat.

Das war kein "Zufall". Sasse die Sozialdemokratie doch mit der Noskepartei in der zweiten Internationale. Hielt sie doch die engste Verbindung mit solchen Verratsparteien wie englische und französische Sozialdemokratie, diesen offenen Agenten ihrer Bourgeoisien. Von einer Partei die Mitglied der zweiten Internationale war, war nichts anderes zu erwarten. Die Funktion dieser gelben Internationale besteht eben darin, die Arbeiter ideologisch dem Einflusse der Bourgeoisie zu unterwerfen und sie so zu tauglichen Ausbeutungsobjekten zu machen.

Und dass es soweit gekommen ist, verdanken die Arbeiter dem Stalinismus. Ein Verrat der Sozialdemokratie folgte dem anderen. Wenn die Arbeiter dennoch im grossen und ganzen bis zum Ende hinter der Sozialdemokratie standen --- und heute noch stehen, dann ist nicht schuld das "Genie" oder "Raffinement" eines Fritz Adler oder Otto Bauer, dann ist einzig und allein schuld die grenzenlose Unfähigkeit und Erbärmlichkeit der Politik der sogenannten "kommunistischen" Partei. Die dritte Internationale und ihre Parteien haben die Politik der internationalen proletarischen Revolution aufgegeben, zugunsten des Aufbaues eines angeblichen Sozialismus "in einem Lande". Die dritte Internationale hat damit praktisch in allen kapitalistischen Ländern auf die Organisierung der proletarischen Revolution verzichtet. Die kommunistischen Parteien verwandelten sich aus Instrumenten der proletarischen Revolution in Hilfsagenten des nationalrussischen Aufbaues. Weil die Arbeiter, ohne es klar ausdrücken zu können, instinktiv fühlten, dass bei der KP. ebenfalls irgend etwas Entscheidendes nicht stimmt, weil sie dem der nationalrussischen Grundlinie der KP entspringenden Unsinn des "Sozialfaschismus", der "dritten Periode", der "roten Tage", der "Einheitsfront unter Führung der KP" (dh. das principielle Ablehnen der Einheitsfront mit der SP) nicht mitmachen konnten, weil sie nicht verstehen konnten, dass es Verrat sei, mit Sozialfaschisten" in die Einheitsfront zu gehen, dass aber ein Zusammengehen mit den Nazi erlaubt sei (der rote Volksentscheid in Preussen 1931), weil die Arbeiter also all das nicht verstehen konnten, darum blieben sie bei der Sozialdemokratie. So hat die dritte Internationale den sozialdemokratischen Verrat überhaupt erst ermöglicht. So hat sie dabei die Mauer gemacht. Und darum nimmt sie in Fortsetzung ihrer Politik und als Konsequenz ihrer nationalrussischen Grundlinie nun Kurs auf Voreinigung mit der zweiten Internationale.

Beide Parteien, sozialdemokratische und kommunistische, beide "Inter"nationalen sind schuld an der Niederlage der Arbeiter. Und wenn sie heute in die Einheitsfront gehen, so nicht, um gemeinsam gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, sondern um gemeinsam neuen Verrat vorzubereiten.

Die wichtigste, die allerentscheidendste Frage, die es heute gibt, ist die Frage des Krieges: "Was sollen die Arbeiter im Kriegsfall tun?" Die Sozialdemokratie, die sich jetzt IS nennt und die KP geben als Antwort: "Die Arbeiter müssen die Unabhängigkeit und Neutralität Oesterreichs verteidigen! Sie müssen für Frieden und Freiheit kämpfen!" Aber ist das wirklich das Ziel, das sich das Proletariat stellen muss?

Diesen Staat, den kapitalistischen Staat Oesterreich, dürfen die Arbeiter nicht verteidigen, sondern müssen ihn angreifen. Diesen Staat gegen irgendwen verteidigen heisst sich der Bourgeoisie ausliefern. Nicht für die Neutralität und Unabhängigkeit Oesterreichs

müssen wir eintreten, sondern für seinen politischen und militärischen Zusammenbruch.

"Aber wir treten nicht ein für die Verteidigung dieses Staates, wir treten ein für den Sturz des Faschismus und für die Verteidigung eines freien Oesterreich, in dem das arbeitende Volk regiert", antworten RS und KP. Nun, solange in Oesterreich die Proletariatsdiktatur nicht aufgerichtet, solange der kapitalistische Staatsapparat nicht zerschmettert, der proletarische Staatsapparat nicht geschaffen ist, solange ist Oesterreich ein kapitalistischer Staat. RS und KP sagen selbst, dass die "Volksregierung", die sie wollen, nicht die proletarische Diktatur sei. Aber es gibt keine Regierung des arbeitenden Volkes ausser der Diktatur des Proletariats. Und es gibt zwischen kapitalistischer und proletarischer Diktatur kein Zwischenglied. Nicht Regierung des arbeitenden Volkes oder proletarische Diktatur; sondern kapitalistische oder proletarische Diktatur, so steht die Frage. Die proletarische Diktatur und ihren, den Arbeiterstaat, müssen die Arbeiter verteidigen mit allen Mitteln. Wer für die Diktatur des Proletariats ist, darf nicht für die Verteidigung des kapitalistischen Staates auftreten, mag dieser sich faschistisch oder demokratisch, mag er sich als "Ständestaat" oder als "Volksrepublik" mit einer "Volksregierung" an der Spitze gebärden.

Und nicht "Frieden und Freiheit" darf die Parole der Arbeiter sein. Solange diese verfluchte Gesellschaftsordnung besteht, sind "Friede und Freiheit" nur Phrasen. Nicht für den "Frieden", sondern für den Klassenkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder müssen wir eintreten, nicht "Freiheit" wollen wir bringen, sondern die Proletariatsmacht, die mit eiserner Faust die Ausbeuter niederhält.

RS und KP, 2. und 3. Internationale, treten ein für den bürgerlichen "Frieden", der immer wieder den Krieg gebiert, für die "Freiheit" innerhalb des Kapitalismus, die die "Freiheit" für die Arbeiter ist, sich ausbeuten zu lassen. RS und KP 2. und 3. Internationale, treten ein für die Verteidigung des kapitalistischen Staates. Sie treten letzten Endes dafür ein, dass die Arbeiter sich noch einmal für den Profit der Kapitalisten abschlachten sollen - um den Verrätern den Anteil an diesem Profit zu sichern. Aber Parteien die eine solche Politik machen, sind nicht nur unfähig, die Arbeiter zur Revolution zu führen, sondern werden alles daransetzen, um die proletarische Revolution, die Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse zu verhindern.

Ohne Generalstab kann eine Armee nicht siegen. Ohne Partei wird das Proletariat jede Schlacht verlieren. Ohne Klassenpartei ist das Proletariat schutzlos dem Verrat von RS und KP, 2. und 3. Internationale ausgeliefert. Doch die proletarische Klassenpartei existiert noch nicht. Darum steht als höchste, oberste Aufgabe vor dem Proletariat die Schaffung dieser seiner wirklich kommunistischen Partei, der Vierten Internationale!

Die grosse Masse der Arbeiter versteht uns heute noch nicht. Aber wenn der Krieg kommt, und die Opfer und Leiden so gross werden, dass der Narkoserausch verfliegt, in den Bourgeoisie, 2. und 3. Internationale das Proletariat versetzt haben, und wenn in den Arbeitern Unwille und Empörung erwacht und der Entschluss, abzurechnen mit den Verbrechern, dann sollen die Arbeiter sich erinnern. Dann sollen sie sich erinnern an jene, die gegen den imperialistischen Krieg, für die Niederlage des bürgerlichen Klassenstaates, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigenen Kapitalisten waren. Und die darum eintraten für die Vierte Internationale!

Und wenn dann RS und KP versuchen werden, die Arbeiter

abspeisen mit einem neuen 1918, dann dürfen die Arbeiter ihnen nicht folgen, wenn sie nicht neuerlich unter die Räder kommen wollen, dann muss das Proletariat den Kampf steigern bis zur Aufrichtung seiner Diktatur. Und darum müssen die Arbeiter alles daran setzen, dass bis dahin ihre revolutionäre Partei geschaffen wird: die Vierte Internationale !

Dann wird ein 1. Mai kommen, an dem wieder das Proletariat marschiert! Für seinen Staat, in seinem Staat. Dann wird das Proletariat seine Macht seinen Feinden zeigen. Dann kommt ein 1. Mai, der Kampftag, Festtag für die Arbeiter ist, während die Bourgeoisie sich zitternd in alle Winkel verkriechen wird !

00000000000000000000

P O L I T I S C H E U M- u n d V O R S C H A U .

Der Krieg im Fernen Osten hat genau genommen, schon begonnen. Mit kleinkriegerischen Aktionen sucht Japan Russland zu einer grösseren militärischen Kampfhandlung zu provozieren, um sich den Vorwand zu schaffen, sagen zu können: "Japan sei überfallen worden".

In Abessinien hat der italienische Imperialismus weitere Fortschritte errungen. Doch ist Abessinien noch keineswegs besiegt; selbst dann nicht, wenn es Italien gelingen sollte, Adis Abeba vor Eintritt der grossen Regenzeit zu erobern. Die grosse Regenzeit gibt Abessinien die Möglichkeit, seine militärischen Kräfte zu reorganisieren (mit Hilfe Englands). Darüber hinaus kann gerechnet werden, dass die grosse Regenzeit mehr die italienischen, als die abessinischen Truppen schädigen wird.

Italien will einen Diktatfrieden unter Ausschaltung des Völkerbundes, das heisst praktisch selbst unter Ausschaltung Englands. Zieht man das Bramarisieren des mussolinischen Mauls ab, so bleibt noch immer ein erstaunliches Auftreten Italiens gegen England. Gewiss, die gegenwärtigen Widersprüche zwischen England und Frankreich bieten dem italienischen Imperialismus gute Chancen. Aber nicht mehr. Von wo nimmt Italien die Kühnheit zu einem Diktatfrieden? Ist das nur die Taktik des polnischen Händlers, der wahnsinnig aufschlägt um halbwegs einen Gewinn herauszuschlagen? Es scheint, dass dahinter mehr steckt, denn das Verhalten Italiens ist geradezu eine Provokation Englands. Offenbar steckt jemand hinter Italien, der eine Provokation Englands will.

Der wichtigste aller imperialistischen Gegensätze ist der Gegensatz zwischen amerikanischem und englischem Imperialismus. Für die amerikanische Bourgeoisie gibt es in der gegebenen Lage zwei Möglichkeiten der Politik gegenüber Englands. Die erste Möglichkeit ist, die Schwierigkeiten Englands auszunützen, um England zu einer den imperialistischen Zwecken der Vereinigten Staaten dienenden Politik zu bringen (wodurch die auf einen späteren Zeitpunkt verschobene Auseinandersetzung mit England für die USA günstig vorbereitet werden soll)----, die andere Möglichkeit ist, jetzt schon auf die entscheidende Auseinandersetzung zwischen amerikanischem und englischem Imperialismus loszugehen, sie jetzt schon in die Wege zu leiten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die USA Italien vorschickt, um England

in einen grossen Konflikt zu verwickeln, der es überhaupt und insbesondere jetzt für den fernem Osten schwächen würde, so dass Amerika der ausschlaggebende Schiedsrichter und Nutzniesser des jap.-russ. Krieges im fernem Osten würde.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die amerikanischen Imperialisten auch dem faschistischen Deutschland den Rücken steifen. Das überraschende Entgegenkommen Englands in der Dardanellenfrage spricht für diese Kombination.

In Polen geht die Streikbewegung weiter, auch die Arbeitslosen sind in Gärung geraten. Die Vorgänge in Lemberg sind von besonderer Bedeutung, weil sie zugleich die Gärung der ukrainischen Massen widerspiegeln.

Die Massenbewegung in Spanien ist weiter im Anwachsen. Dem linksbürgerlichen Ministerpräsidenten Azana wurde in den Cortes mit rund 150 gegen 80 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Daraus geht hervor, dass SP und KP für ihn gestimmt hat.

In der C.S.R. war vor einigen Tagen der Parteitag der KPJ., dessen Ergebnisse mit Eindringlichkeit vor Augen führen, wie tief der Stalinismus bereits gesunken. Wir zitieren aus den "Blitznachrichten" der KPOe., Ausgabe XI(6):

"Nach dem politischen Referat welches Gen. Gottwald Samstag gehalten hatte, referierte der Generalsekretär der roten Gewerkschaften Zapotoky und Siroky. Sie forderten die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale in der alle kommunist. sozialdemokr. und nationalsozialistischen (Nationalsozialisten der Tschechei haben mit Nazi des 3. Reiches nichts gemein) Gewerkschaften vereinigt sind. Diese sozialistische Einheitsgewerkschaft sollte dann mit den nichtmarxistischen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft gründen" Jeder Arbeiter weiss, dass die "nichtmarxistischen" und "christlichen" Gewerkschaften keine Gewerkschaften sind sondern Verbände, die von den Unternehmern gegründet und gefördert, den Zweck haben den freigewerkschaftlichen und revolutionären Arbeitern bei Lohnkämpfen und dgl. in den Rücken zu fallen. Wir erinnern an die Streikbrecherrolle der christlichen und nationalen "Gewerkschaften" in Oesterreich. Kurz, diese "nichtmarxistischen Gewerkschaften" sind nichts anderes als wie bei uns jetzt die "Einheitsgewerkschaften", nur mit dem Unterschied, dass sie bei uns offen und in der CSR. versteckt vom kapitalistischen Staat gezüchtet werden. Und mit diesen gelben Streikbrecherverbänden will die KP jetzt eine "Arbeitsgemeinschaft" schliessen! So schaut die Volksfrontpolitik in Wirklichkeit aus! Wir zitieren weiter:

"Diese Kardinalfragen der Debatte des Parteitages waren die Volksfront und die Stellung des Kommunismus zur bürgerlichen Demokratie. Diese Probleme hat Gen. Gottwald in seinem Schlusswort eingehend behandelt. Er führte aus, dass mehr als hundert Redner für die Verteidigung der Republik und ihrer Völker gegen die fasch. Angreifer eingetreten sind. Die Verteidigung der Republik kann nur auf der Basis eines Bündnisses aller auf dem Territorium der Tschechei lebenden Völker bei voller Anerkennung der wirtschaftlichen politischen und nationalen Rechte der Minderheiten erfolgen. Diesem neuen Programm, für das sich alle Vertreter der sechs in der Kommunistischen Partei organisierten Nationen (Tschechen, Deutsche, Slovaken, Ungarn, Polen und Karpathorussen) aussprachen, gab Gen. Gottwald den Namen "Volksverteidigung der Republik gegen den Faschismus"

Gottwald bekräftigt hier nochmals in feierlicher Weise die Entschlossen-

heit der KPC, die kapitalistische Republik gegen den "Faschismus" (d.h. gegen den deutschen Imperialismus) zu verteidigen. Er spricht hier offen ganz im Geiste des Sozialpatriotismus. Das, was hier die KPC durch den Mund Gottwalds ausspricht, ist aber nicht nur ein Ueberlaufen von der Behinschen Linie zum Sozialpatriotismus, sondern auch ein vollständiges preisgeben der kommunistischen Grundsätze in der nationalen Frage. Die CSR. ist eine verkleinerte Oesterreich-ungarische Monarchie, ein Völkerkäfig, in dem die tschechische Bourgeoisie schamlos die nationalen Minderheiten niederhält. Die Existenz dieses Staates beruht auf der Unterdrückung und Fachtlogmachung der Deutschen, Slovaken, Ruthenen, Ungarn, in der CSR. und nicht zuletzt der Unterdrückung der tschechischen Arbeiter selbst. Die Politik Lenins in der nationalen Frage anerkennt das Recht jeder nationalen Minderheit auf Selbstbestimmung, ausgedehnt bis auf das Recht, sich von dem Staat, der sie unterdrückt, sich loszulösen und anzuschliessen wann immer sie wollen, ausgedehnt bis auf das Recht, einen eigenen selbstständigen Staat zu bilden. Nur so ist es möglich, die unterdrückten Nationen zur Unterstützung der Proletarischen Revolution zu gewinnen. Allerdings, die KPC will ja nicht die proletarische Revolution, sondern die kapitalistische Landesverteidigung, und darum ist es nur konsequent, wenn sie die unterdrückten Minderheiten der CSR, statt sie gegen ihren Unterdrückerstaat zu führen, für die Verteidigung des Staates der tschechischen Bourgeoisie aufrufen "bei voller Anerkennung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Rechte der Minderheiten". Doch diese Rechte anerkennt sowieso jede kapitalistische Regierung - auf dem Papier. Die KPC. hat hier das alte verräterische Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie aus der Vorkriegszeit übernommen.

Wir zitieren weiter:

"Die politische Resolution welche einstimmig beschlossen wurde beinhaltet die Bildung einer Volksfront um jeden Preis, deren nächstes Ziel die Volksfrontregierung ist. Die KP. ist bereit, mit jeder nichtfaschistischen Organisation über Forderungen und Massnahmen zu verhandeln, welche geeignet sind, die Lage der Werktätigen verbessern die zur wirklichen Verteidigung der Republik und zur Vernichtung der faschistischen Kriegstreiber beitragen"

Die KP ist also bereit, mit jeder nichtfaschistischen kapitalistischen Partei ein Bündnis zu schliessen, sie spricht hier nochmals offen aus, dass sie also für die Koalition mit der Bourgeoisie ist "zur Verteidigung der (kapitalistischen) Republik". das, was sie über die "Verbesserung der Lage der Werktätigen" sagen, ist ein glatter Schwindel, denn sie wollen die Volksfront "um jeden Preis". Wenn also die Bourgeoisie sagt, sie wolle die Volksfront, aber die Löhne seien zu hoch, wird die KP. auch diesen Preis zahlen. Koalition mit der Bourgeoisie bedeutet eben zwangsläufig das Aufgeben von Arbeiterinteressen.

OOOOOO

OOO

In Oesterreich wurde die "Bundesdienstpflicht" eingeführt, d.h. die allgemeine Wehrpflicht vorbereitet. Das hat besonders bei der kleinen Entente grosse Unzufriedenheit hervorgerufen: ihre Diplomaten haben auch bei der Wiener Regierung protestiert. Doch hinter Schuchnigg steht Italien, und auch Frankreich hat zumindest schon vorher von dem Schritt der österreichischen Regierung gewusst. Die Einführung der Wehrpflicht ist für die österreichische Bourgeoisie eine zweischneidige Sache, die noch grosse Unzufriedenheit in den Massen hervorrufen wird. Die Bourgeoisie will ein Heer, das für sie unbedingt verlässlich ist. Aber die Massen sind heute doch ganz anders als vor 1914. Die Bourgeoisie muss also nicht nur den Offizierskader, sondern

7

den letzten Korporal und Gefreiten aus für die Kapitalisten unbedingt verlässlichen Elementen bilden, wenn sie das Heer in der Hand haben will. Keine leichte Sache! Die Entmilitarisierung der Ostmärkischen Sturmsharen hängt möglicherweise damit zusammen. Vielleicht werden diese Leute zu Unteroffizieren und Chargen gemacht. Doch nicht nur die Bundesdienstpflicht wird zur Beläbung der Massen beitragen, sondern auch der "Phönix"-Krach. 250 Millionen Schilling (wahrscheinlich sind es bedeutend mehr) sind irgendwohin "verschwunden". Die Regierung schiebt alles dem vor kurzem verstorbenen Generaldirektor Berliner in die Schuhe, der mit dem Geld auch Nazi und Sozialdemokraten bestochen haben soll. Ein plumper Versuch der Regierung, die Aufmerksamkeit von den wirklichen Dieben abzulenken! In einem Flugblatt der freien Gewerkschaften, aus dem wir erfahren, dass Stärlberg eine Mill., Straffella 500.000 Schilling und andere Stützen des Regimes ähnliche Summen erhalten haben, wird mit Recht gefordert, dass die Regierung die Namen der bestochenen Sozialdemokraten veröffentliche. Doch die Regierung weiss keine solchen Namen zu nennen --- weil sie höchstwahrscheinlich nicht existieren.

Inzwischen hat der Phönix-Krach zur Zahlungseinstellung bei der Kompass-Bank geführt. Doch wird er noch ganz andere Auswirkungen haben. Es ist sehr fraglich, ob die Passivität der "Phönix" überhaupt den Tatsachen entspricht. Tatsache ist, dass das Regime leere Kassen hat, aber riesige Mittel braucht; Tatsache ist, dass es bei der herrschenden Stimmung nicht ohne Risiko ist, die Steuerschraube weiter anzuspannen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Phönixsache ein wohlüberlegter, organisierter Raubzug ist um die leeren Staatskassen zu füllen und zugleich wieder einer grösseren Zahl von schwarzgrünen Schreibern Posten zu verschaffen. Die Zeche zahlen die 5000 Phönixangestellten, von denen ein grosser Teil abgebaut wird, während allen anderen die Gehälter herabgesetzt werden; die Versicherten aber zahlen doppelt drauf: sie haben höhere Prämien zu zahlen und bekommen im Versicherungsfalle weniger heraus.

Im Verhältnis der RS zur KP ist insofern eine Aenderung eingetreten, als nun doch überraschend die Einheitsfront geschlossen wurde. Die beiden Parteien haben sich auf die Formel "Volksregierung, die aus allen unterdrückten antifaschistischen Parteien zu bilden ist", geeinigt. Das hiezü Nötige sagen wir an anderer Stelle). Die proletarische Diktatur, selbst auch nur als Perspektive, ist vollständig unter den Tisch gefallen. Sie wird in dem Einheitsfrontabkommen überhaupt nicht erwähnt. Doch das haben wir ja vorausgesagt. Dagegen finden wir in dem Abkommen staune-das Recht auf "Kritik". Nachdem sich die Bürokraten der beiden Parteien über die "Volksregierung" geeinigt haben, dürfen sich die Arbeiter den Kopf zerbrechen und eventuell in untergeordneten Fragen "kritisieren". Es ist aber klar, dass die revolutionäre Kritik an der opportunistischen Zielsetzung der Einheitsfront beginnen muss. Doch diese Art von Kritik ist auch weiterhin verboten.

Die beiden einzigen Differenzen sind der SOHB. und die RH. Die KP will sich diese beiden Positionen halten, um bei der Bildung der Einheitspartei sich auf sie stützen zu können.

Dass es der RS und KP so mühelos gelungen ist, die Losung der proletarischen Diktatur fallen zu lassen, zeigt, dass die Linkswendung der Arbeiterschaft abgeflaut ist. Nicht die letzte Schuld daran hat der Opportunismus der Trotzisten. Die trotzistischen Organisationen haben sich in Frankreich und in einer ganzen Reihe anderer Länder mit der SP vereinigt. Dadurch haben sie Arbeiter, die sich von der verräterischen SP loszulösen begannen, wieder zu ihr zurückgestossen.

Dadurch haben sie Kommunisten, die den Kurs auf Vereinigung der KP mit der SP nicht mitmachen wollten, zur KP zurückgestossen. "Warum den von der KP weggehen, weil die mit der SP sich vereinigen will, wenn sogar die Trotzlisten sich mit der SP vereinigen?" So hat der trotzkistische Opportunismus, indem er dieselbstständige unabhängige Organisation aufgab, der SP und KP geholfen, über eine schwierige Situation hinwegzukommen. Die Arbeit für die zu schaffende IV. Internationale wird auch die Bereinigung dieser Frage auf die Tagesordnung stellen müssen.

23. April, 1936.

000000000000
00000000

Gegner der Einheitsfront haben im Schutzbund keinen Platz.

Unter obigen Titel wurde unserem Bezirke und unserer Zeitung die Ehre zu teil, im "Sprecher" Nummer 18 abgeschlachtet zu werden.

Nachstehend bringen wir einige Bemerkungen zu diesem Gemisch von rührender Einfallslosigkeit (denn politisch können sie uns nicht antworten!) und bürokratischer Bösartigkeit.

1. Wir sind keine Trotzlisten. Dies stellen wir fest um der Wahrheit willen und nicht etwa, weil wir diese Bezeichnung als besonders kränkend oder ehrenrührig empfinden. Wir schieben auch nicht den Schutzbund vor, weil "wir es längst aufgeben haben müssen, im eigenen Namen zu agitieren". Jeder im Bezirk und darüber hinaus weiss, welcher Organisation wir politisch angehören und das diese Organisation ihren Namen keineswegs "verbirgt". Doch im Schutzbund sind wir in erster Linie Schutzbündler.
2. Wenn wir trotzdem für die IV. Internationale eintreten, so dies, weil das unserer Ueberzeugung entspricht und wir es für verächtlich hielten, unsere Ueberzeugung zu verstecken. Wir nehmen nur im Schutzbund, dasselbe Recht in Anspruch, für unsere Anschauungen offen einzutreten, wie etwa die Stadtleitung des Schb., die für die KP und die Einheitspartei Propaganda macht. Wir fordern auch nicht unsere KP Genossen auf: "ihre Agitation für die Einheitsfront und für die 3. Internationale künftig hin ausserhalb unserer Organisation zu betreiben". Wir zwingen niemanden unsere Ueberzeugung auf, bei uns hat jeder Platz, insofern er die Disziplin des Schb. hält.
3. Wenn die Stadtleitung uns antwortet, sie mache nicht für die KP Propaganda, sie sei "neutral" und "autonom", so verweisen wir sie auf ihre eigenen Publikationen, in denen zwar immer die RS angegriffen wird (mit Recht, wie wir feststellen möchten), aber kein Wort der so notwendigen Kritik an der KP gesprochen wird. Im Gegenteil! Die Stadtleitung findet an der KP alles gut und schön, die KP ist, wenn wir der Stadtleitung glauben dürfen, immer diejenige, die das macht, was den Interessen des Schb. entspricht. Nun, die Vereinigung mit der RS, die den Schb. liquidieren will, entspricht durchaus nicht den Interessen des Schb. Entweder ist im Schb. die Propaganda für jede Partei untersagt, dann muss die Stadtleitung auch ihre KP-Propaganda einstellen, oder das ist nicht der Fall, dann muss sie sich eben mit unserer Existenz abfinden, oder endlich sie will nur die

- KE-Propaganda im Schb. zulassen, dann soll sie das offen aussprechen und nicht immer von "Autonomie" schwätzen.
4. Wir sind keine "Gegner der Einheitsfront". Wir sind für die proletarische Einheitsfront, wir sind bereit, auch mit RS und KP eine Einheitsfront zu schliessen, auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen den Sozialpatriotismus, mag der Sozialpatriotismus nun offen oder versteckt auftreten, mag er auftreten in den Russland feindlichen oder mit Russland verbündeten Ländern. Im übrigen nimmt sich der Vorwurf, wir wären Gegner der Einheitsfront, komisch im Munde derjenigen aus, die durch lange Jahre mit ihrer Theorie und Praxis des Sozialfaschismus" jede wirkliche Einheitsfront verhindert haben.
5. Wir sind keine "Gegner der Sowjetunion". Wir glauben, der Sowjetunion besser zu dienen, wenn wir Fehler und Mängel aufzeigen, als alles durch die rosarote Brille bürokratischer Schönfärberei zu sehen. Wir sind allerdings aber Gegner jener bürokratischen Schicht, die in der SU die Macht an sich gerissen hat und nun skrupellos für ihre Interessen ausnützt. Wir sind für die bedingungslose Verteidigung aller revolutionären Erungenschaften der Oktoberrevolution, doch zählen wir die russische Bürokratie nicht zu diesen Erungenschaften.
6. Der "Sprecher" rümpft über die Auslandsberichte unserer Zeitung erhaben die Nase. Seitdem der Kapitalismus sich zum Imperialismus entwickelt, seit dem er einen Weltmarkt und eine Weltwirtschaft geschaffen hat, hat auch der Klassenkampf die nationalen Schranken überwunden, wird das Schicksal der proletarischen Revolution in der internationalen Arena ausgefochten und entschieden. Aufmerksamste Beobachtung der Bewegungen des Feindes im Weltmassstab ist für das Proletar. zwingendes Gebot. Indem wir einen monatlichen Bericht über die Umgrupp. in der Bourgeoisie geben, über ihre Frontenbildung, und darüber hinaus über alles, was für den proletarischen Kampf von Bedeutung, suchen wir dieser selbstverständlichen Pflicht nachzukommen. Doch uns darüber mit der Stadtleitung auseinanderzusetzen ist scheinbar zwecklos, bei deren national begrenzten Horizont. Das Hernagehen an die Dinge des proletarischen Kampfes vom Krähwinkelstandpunkt war seit jeher eines der sichersten Zeichen des Opportunismus und der Kleinbürgerei. Mit den Methoden des Marxismus hat das allerdings nichts gemein.
7. Die Stadtleitung nennt unsere Kritik, Nörgerei. Wir glauben sehr gern, dass diese Nörgerei der Stadtleitung unangenehm ist. Indessen ist die revolutionäre Kritik für das Proletariat Lebensnotwendigkeit. In der "Roten Einheit" vom März 1936, dem Organ des Schb. Kreis I., die ganz im politischen Sinn der Stadtleitung geschrieben ist, lesen wir: "Wo Selbstbestimmung und Kritik verboten ist, dort ist der Boden für Sumpflüthen. Dort natürlich wimmelt es von parasitären Elementen, die sumpflüthenartig als "Führer" aus dem Sumpf ragen. Wer wieder frei sein will, der fördert den Schutzbund".
- Beherrzenswerte Worte! Nur dürfen sie nicht nur gegen die Regierung gelten, sondern auch für die eigene Organisation.
8. Die Stadtleitung ist aufgeregt, weil wir uns für unsere "Agitation vorwiegend auf einen Kreis konzentrieren, in dem der Schb. mit den grössten Schwierigkeiten und Verfolgungen zu kämpfen hat"..... Wir hören mit Erstaunen davon: Vor einigen Wochen war ein Vertreter der Stadtleitung bei uns, der das Gegenteil beweisen wollte: in unserem Kreis sei sowieso alles in Ordnung und glänzend, nur in unserem Bezirk ginge nichts vorwärts. Man sieht, die Stadtleitung spricht einmal so und einmal anders. Im übrigen ist nicht nur in unserem Kreis grosse Unordnung, sondern in anderen Kreisen noch grössere.
9. Die Stadtleitung sagt, dass wir zwar kritisieren, es aber selbst nicht besser machen. Wir sind uns der Mängel unserer Arbeit wohl bewusst. Dennoch würde der Schutzbund anders dastehen, wenn es in anderen Bezirken nur halbwegs so klappen würde, wie bei uns.
10. Den Versuch endlich, uns mit dem Renegaten Weninger gleichzustellen weisen wir als niederträchtige Verleumdung zurück. Er trifft nicht uns, sondern jene, die ihn machen und aus deren Reihen ein Weninger hervorgehen konnte.